

Brief an das FIF – live!

Ordnung. Und Recht?

Liebe Mitglieder des FIF, liebe Leserinnen und Leser,

die Konferenz SIGINT des Chaos Computer Club am 18.-20. Mai 2012 in Köln findet statt. Sie wurde nicht verboten; in den Foyers, an den Informationsständen und bei den Vorträgen herrscht buntes Treiben, Polizeiaufgebote sind nicht zu sehen. Auch wir vom FIF haben unseren Stand aufgebaut.

Normalerweise würde man ja auch nichts anderes erwarten. Doch an diesem Wochenende gibt es auch andere Szenen: eine abgesperrte und von Polizeibeamten bewachte Innenstadt, U-Bahnzüge, die ohne Halt durch verlassene Stationen fahren. Frankfurt am Main mit seiner demokratischen Tradition, wo 1848 in der Paulskirche erstmals die deutsche Nationalversammlung zusammentrat, bietet an diesem Wochenende ein beklemmendes Bild. Als „Blockupy“ wurden Protestaktionen durch ein breites Bündnis von Organisationen angekündigt – und fast alle durch die Behörden verboten. Das seit Monaten bestehende „Occupy“-Camp vor der Europäischen Zentralbank wurde geräumt, verbleibende Demonstranten weggetragen, der Willy-Brandt-Platz und seine Umgebung abgesperrt. Berichten zufolge wurden Aktivisten auch daran gehindert, das Grundgesetz auf der Straße zu verteilen. Die einzige genehmigte Demonstration fand in Begleitung eines massiven Polizeiaufgebots statt. Die Versagung des grundgesetzlich garantierten Demonstrationsrechts ist in dieser Form in der Geschichte der Bundesrepublik ohne Beispiel.

Die Verbote waren im Vorfeld gerichtlich bestätigt worden und sind demnach juristisch legitimiert. Dennoch bleibt die Erinnerung an finsternste Zeiten – auch bei solchen, die die Ziele der Occupy-Bewegung nicht teilen.

Oder war es vielleicht ganz anders? Spielten die Organisatoren der Proteste geschickt über Bande? Eines steht fest: Effektiver als die Polizei hätten keine Blockadeaktionen die Stadt Frankfurt lahmlegen können.

Dies passiert in einer Zeit, in der die politische Landschaft in Bewegung gerät. Die Piratenpartei – entstanden aus den Protesten gegen den Abbau digitaler Bürgerrechte – entsendet mittlerweile Abgeordnete in vier Landesparlamente; einiges deutet darauf hin, dass sie auch im nächsten Bundestag vertreten sein wird. Bisherige Nichtwähler wie auch Wählerinnen und Wähler aller etablierten Parteien laufen gleichermaßen zu ihnen über – obwohl sie in vielen Bereichen (noch) keine stringenten politischen Konzepte anbieten können. Von den etablierten Parteien, die in solchen Fällen schnell die üblichen Worthülsen bereit halten, unterscheidet sie der offene Umgang damit. Dennoch müssen sich die Piraten inhaltlich weiterentwickeln und sich vor allem auch weiterhin klar von rechten Tendenzen abgrenzen, die offenbar zum großen Teil auch durch ein falsches Verständnis von parteiinterner Meinungsfreiheit geprägt sind.

Inwiefern sie ihr Ziel der Basisdemokratie und Transparenz im politischen Prozess auf Dauer verwirklichen können, muss die



Zeit zeigen. Richard von Weizsäcker wies als Bundespräsident in seinem damals viel diskutierten ZEIT-Interview bereits 1992 auf die mangelnde Kontrolle der politischen Parteien hin; bis heute hat sich dieser Trend eher verstärkt. Das unterstreicht die Bedeutung neuer Verfahren demokratischer Beteiligung, zu denen uns digitale Medien weitgehende Möglichkeiten bieten, die bisher viel zu wenig genutzt werden. Doch bei der politischen Konkurrenz – den Grünen beispielsweise – wurden radikal basisdemokratische Ansätze bekanntlich schnell aufgegeben. Oder erinnert sich noch jemand an das Rotationsprinzip für Abgeordnete?

Der Erfolg der Piraten entspricht einem Muster, das wir auch in anderen Zusammenhängen beobachten konnten: Zivilgesellschaftliche Initiativen drängen in die Parlamente. Das kann zu einer Stärkung zivilgesellschaftlicher Anliegen führen und ist damit eine erfreuliche Entwicklung – aber auch eine Schwächung kann die Folge sein, wenn gerade die Aktivsten parlamentarische Mandate wahrnehmen und damit naturgemäß andere Schwerpunkte setzen müssen. Wie hart das politische Geschäft mitunter sein kann, hat uns gerade die Bundeskanzlerin drastisch vor Augen geführt, als sie Presseberichten zufolge den Umweltminister nach seiner Wahlniederlage in Nordrhein-Westfalen mit großer Kälte abserviert hat. „Im alten Russland galt die Regel: Wenn die Wölfe näher kommen, muss einer vom Schlitten“, so dazu Politikberater Michael Spreng.

Doch zurück zur SIGINT – und zum FIF. Sylvia Johnigk und Kai Nothdurft haben hier mit einem auch in den Medien beachteten Vortrag das Thema *Cyberpeace* dargestellt – ein wichtiges Thema für das FIF seit Beginn: Die Frage der friedlichen Nutzung der Informationstechnik statt der Automatisierung des Krieges stand von Anfang an im Fokus. Auch mit einer Verfassungsbeschwerde, an die wir im diesmaligen Schwerpunkt erinnern.

Dazu kommt das Thema *Fair IT*, zu dem Sebastian Jekutsch unter anderem bereits mehrere Beiträge in der FIF-Kommunikation veröffentlicht hat. Wir haben die Mitgliedschaft in der internationalen Initiative *GoodElectronics* beantragt und waren bei einem Treffen Anfang Mai 2012 in Amsterdam vertreten.

Und die Vorbereitungen für die diesjährige FIF-Jahrestagung laufen auf Hochtouren. Am 9.-11. November 2012 wollen wir uns in Fulda gemeinsam mit dem Fuldaer Informatik-Kolloquium den Wegen und Irrwegen der digitalisierten Gesellschaft widmen. Die Ankündigung gibt es in diesem Heft, detaillierte Informationen beim nächsten Mal. Vielen Dank schon jetzt an das Organisationsteam.

Mit FIFigen Grüßen

Stefan Hügel